

Revitalisierung der Demokratie durch Partizipation?

Martina Handler

Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)

Workshop – Hub Vienna

4. November 2011

Menschen beteiligen sich so ...



„Zuschauerdemokratie“? Apathische BürgerInnen? „WutbürgerInnen“?

- Vertrauensverlust in Politik und PolitikerInnen
- Sinkende Beteiligung an klassischen formalen politischen Strukturen (Wahlbeteiligung, Engagement in Parteien, Verbänden etc.)
 - Erosion der Legitimitätsbasis für die repräsentative Demokratie
- Tendenz zu kurzfristigem themenbezogenem Engagement
- Zunahme verschiedener Formen des lokalen Bürgerprotests

... oder auch so!



„von fügsamer Unterordnung zu Selbstentfaltung und Mitbestimmung“

- Menschen sind autoritätskritischer und
- haben verstärktes Bedürfnis
 - ◆ nach persönlicher Autonomie und nach eigenem Handlungsspielraum
 - ◆ Fähigkeiten/Kenntnisse einzubringen
 - ◆ nach Teilhabe, also mitgestalten/mitentscheiden zu können

Partizipative Demokratie



- Verfahren und Institutionen, die der Bevölkerung ein höheres Maß an politischer Beteiligung auf allen Ebenen ermöglichen
- Stärkung der direktdemokratischen Entscheidungsmodi auf allen politischen Ebenen
- Deliberation als Modus der diskursiven Willensbildung orientiert am Gemeinwohl
- Dezentralisierung – Verlagerung von Kompetenzen auf die lokale Ebene
- Einbeziehung gesellschaftlicher Interessengruppen in Entscheidungsprozesse

Kritik am liberalen Demokratiemodell



- Dominanz der Partikularinteressen in der Politik und Lobbyismus als zentraler Mechanismus
- Politische Entscheidungen sind eine prozedurale Summierung einzelner Gruppeninteressen und kein diskursiv hergestellter gemeinwohlorientierter „Volkswille“
- WählerInnen werden zu KonsumentInnen von Politik und sind nicht Mitgestaltende ihrer Lebenswelt
- Parteiensysteme repräsentieren nicht mehr den wachsenden Pluralismus der Gesellschaft

Ebenen der Beteiligung



**auf allen! - EU, Bund, Land
insbesondere in Gemeinden/Regionen**

- Konkretes Lebensumfeld
- Lebensqualität
- Aushandlung der konkreten Interessen



In Österreich:

- ca. 2/3 der Bevölkerung leben in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern
- fast die Hälfte in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern

Beispiele aus Österreich I



- Vorarlberg: ca. **25 BürgerInnenräte** seit 2006 zu unterschiedlichen Themen, zb Ende Oktober zu „Wie sichern wir die Lebensqualität in Vorarlberg?“ - ca. 12 per Zufallsauswahl ausgewählte Personen entwickeln während eineinhalb Tagen Antworten auf Probleme und Fragen das Gemeinwesen betreffend; das Ergebnis wird öffentlich vor PolitikerInnen präsentiert und mit anderen BürgerInnen diskutiert.
- Beteiligungsprozess der Verwaltung (Bund, Länder plus Kammern, NGOs, FachexpertInnen) zur Entwicklung von **Standards zur Öffentlichkeitsbeteiligung**; 2008 vom Ministerrat beschlossen und der Bundesverwaltung zur Anwendung empfohlen.

Beispiele aus Österreich II



- **Vorarlberg: Kinder in die Mitte:** landesweiter Beteiligungsprozess, Ziel: Empfehlungen für Landesregierung, wie das Land zum kinderfreundlichsten Bundesland werden kann. Intensive Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Zukunftswerkstätten, Planungszellen, Runde Tischen.
- **World Wide Views:** weltweiter Beteiligungsprozess in 38 Ländern, als Input für die Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Innerhalb von 36 Stunden fanden weltweit 46 nationale „Klimagipfel der WeltbürgerInnen“ mit jeweils ca. 100 Personen statt. Die Ergebnisse wurden in Kopenhagen präsentiert und den EntscheiderInnen übergeben.

Internationale Beispiele I

- Kanada: Abstimmung über die **Reform des Wahlrechts** in British Columbia (2004): Abstimmungsvorlage wurde von einer Bürgerversammlung von 160 Mitgliedern entsprechend der Wahlbevölkerung erstellt
- Dänemark: BürgerInnen beraten mittels **Konsensuskonferenzen** das Parlament in Fragen der Risikoabschätzung von neuen Technologien (seit 1987)
- Island: Verfassungsversammlung aus gewählten 25 BürgerInnen erarbeitet einen **Vorschlag für die isländische Verfassung** mit breiter Einbindung der Bevölkerung via Online-Beteiligung

Internationale Beispiele II

- Großbritannien: Zur kommunalen Reform des Gesundheitswesens wurden ab 1997 rd. **200 Planungszellen** eingesetzt
- Brasilien: **Bürgerhaushalt**, entwickelt in Porto Alegre zur Demokratisierung und Armutsbekämpfung, heute bereits in über 300 Städten und Regionen weltweit
- Deutschland: **BürgerDialoge Zukunftstechnologien** – Online-Dialoge zum Thema Energiewende
- USA: **Deliberative Opinion Polls**: nach einer repräsentativen Befragung berät eine Auswahl der Befragte auf der Grundlage von Sachinformationen über den Entscheidungsgegenstand

Was braucht's?



- Geändertes Selbstverständnis der Politik: von der allwissenden MacherIn zur kommunizierenden ErmöglicherIn
- Institutionalisierte Beteiligungsstrukturen, klar definierte Vorgehensweisen (Leitbild, Verfahrensordnung, Qualifizierung der Verwaltung etc.)
- Klar definierte funktionierende Schnittstellen zu Politik und Verwaltung (zb Mäder – Stop-and-Go)
- Möglichst hohe Verbindlichkeit der Ergebnisse, zb durch Kombination aus dialogorientierten und direktdemokratischen Verfahren und klares politisches Commitment

Was noch?



- Regelmäßige Beteiligung zu allen die Lebensrealität der Menschen betreffenden Themen und Projekte – keine sporadischen Beteiligungsinseln!
- Beteiligung als ernsthaftes Kommunikationsangebot – nicht zur Akzeptanzbeschaffung, keine Spielwiesen!
- Beteiligung mit unmittelbarem Entscheidungsbezug, zeitlich abgestimmt mit der politischen Agenda

→ BeteiligungsKULTUR ist nur ganz oder gar nicht zu haben!



Risiken und Stolpersteine



- Instrumentalisierung durch starke Gruppen oder die Politik
- Unterschiedliche Sprach- und Diskursfähigkeit der Beteiligten
- Unterrepräsentanz der Jungen, der Bildungsfernen, der MigrantInnen, der Alleinerziehenden etc.
- Das Eckige und Kantige, das Außergewöhnliche wird weg“konsensiert“
- Manche Interessen können unter den Tisch fallen - NIMBY

Qualitätskriterien



- Frühzeitige Einbindung, umfassende Information und Verständlichkeit der Sprache
- Offene, zugängliche, auch niederschwellige Beteiligungsverfahren für ALLE BürgerInnen (auch für „schwer erreichbare Gruppen“ - Methodenwahl!)
- Passende Methoden für die jeweiligen Fragestellungen
- Transparenz, Ergebnisoffenheit und echte Alternativen
- Nachvollziehbarkeit des Prozesses und der Ergebnisse
- Chancengleichheit und Ausgewogenheit der Einflussmöglichkeiten

Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung – www.partizipation.at

Nutzen und Wirkungen von Partizipation



- Erhöht die Qualität und Transparenz von Entscheidungen
- Hilft Entscheidungshandeln auf tragfähige Basis zu stellen
- Hilft Verzögerungen bei der Umsetzung von Plänen/Projekten zu vermeiden
- Fördert Informations- und Erfahrungsaustausch, Vernetzung, Kooperation, Zusammenhalt – Sozialkapital
- Erhöht das Vertrauen in die Politik und öffentliche Verwaltung
- Stärkt die demokratische Kultur - Lernort für Demokratie



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Martina Handler

martina.handler@oegut.at

www.oegut.at

www.partizipation.at

